

## Keine Transformation ohne glaubwürdiges Rechtssystem

von Horst Tomann und Juliane Paperlein, Berlin

**D**er Staat behindert die wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine und Russland/Wirtschaftswissenschaftler diskutieren über den Transformationsprozess in den zentraleuropäischen Staaten/EU-Beitritt kann zu höherer Stabilität führen

Berlin, im November 1999. Zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer zeigen die wirtschaftlichen Reformen in den ehemaligen Ostblockstaaten unterschiedliche Wirkungen. Während Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft vergleichsweise erfolgreich bewältigen, stagniert der Reformprozess in Russland und der Ukraine. Die Unglaubwürdigkeit des Staates und der Gesetze stellen das größte Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Länder dar.

„Das größte Problem **Russlands** ist es, politische Stabilität zu erreichen. In einem schwachen Staat ist der Übergang zur Marktwirtschaft unmöglich“, sagte Vladislav Semenkov von der Akademie für Arbeit und Soziale Beziehungen in Moskau, anlässlich der Konferenz „Transition from planned to market economies ten years on“ an der Freien Universität Berlin. Mit der Zerstörung der alten sowjetischen Institutionen, der Liberalisierung der Märkte und der Privatisierung der Staatsunternehmen ohne die zeitgleiche Einführung eines glaubwürdigen Rechtssystems habe der russische Staat die Kontrolle und das Vertrauen der Bevölkerung verloren. Ethnische Clans, kriminelle Vereinigungen und regionale Behörden füllen dieses rechtliche Vakuum. In der Folge, sehen sich die russischen Unternehmen einer „doppelten Besteuerung“ durch den Staat und die Mafia ausgesetzt. Viele Gewerbetreibende flüchten vor dem Zugriff des Fiskus in die Schattenwirtschaft. Deren Anteil am nicht-staatlichen Sektor beträgt nach Semenkovs Schätzung mehr als 60 Prozent. „Wir haben das Ziel, eine normale Wirtschaft zu errichten, nicht erreicht. Was wir haben, ist eine mutierte, gestörte oder kriminelle Wirtschaft“, so Semenkov. Seit 1992 sank das Bruttoinlandsprodukt um etwa die Hälfte. An in- und ausländischen Investoren fehlt es. Rund 700 Milliarden Dollar wären laut Semenkov nötig, um Russlands marode Wirtschaft zu sanieren. Ohne eine Reform des Bankensystems und eine sichere Rechtsgrundlage sei aber nicht damit zu rechnen, dass die Anleger das Vertrauen zurückerlangen.

Ähnlich gelagert sind die Probleme in der **Ukraine**. Seit der Unabhängigkeit von der ehemaligen Sowjetunion im Jahr 1991 sank die industrielle Produktion auf ein Viertel. Die Ukraine ist das einzige Transformationsland, dessen Wirtschaft sich seit neun Jahren in Folge im Abschwung befindet. „Der Staat nimmt eine überwältigende Rolle in der Wirtschaft ein. Die Situation im Staatsapparat ist chaotisch: Die Regierung lässt sich von kurzfristigen Überlegungen leiten. Es gibt keine strategische Planung“, sagte Hans van Zon von der University of Sunder-

land, Großbritannien. Die Behörden seien zu groß, intransparent, machtbeladen und korrupt. Die Gesetzgebung erfolgt nicht aus einer Hand, sondern seitens der Ministerien oder des Präsidenten sowie hoher Regierungsbeamter. Wichtige Interessensgruppen verhindern administrative Reformen. „Das Opfer einer solchen Staatsrolle ist der private Sektor mit der Folge, dass es zu keiner wirtschaftlichen Entwicklung kommt“, so van Zon.

In den zentraleuropäischen Ländern spielen Schattenwirtschaft und Gesetzesunsicherheit eine weniger wichtige Rolle. Aber auch hier hängt die künftige Entwicklung der Wirtschaft davon ab, wie der Einfluss einzelner Interessensgruppen zurückgedrängt werden kann. Die Privatisierung in der **Tschechischen Republik** nach der Trennung von der Slowakei 1993 galt zu Beginn als Erfolgsgeschichte. Die ehemaligen Staatsunternehmen wurden in Aktiengesellschaften umgewandelt, und ein Teil der Anteile wurde der Bevölkerung zum Kauf angeboten. Ende 1994 besaß nahezu jeder Tscheche Aktien. Eine bedeutende Rolle während der Massen-Privatisierung spielten die Investmentfonds, die das Kapital der Anleger für Firmenkäufe einsammelten: Die Fonds wurden von Banken gegründet, die wiederum in staatlicher Hand waren. „Wenn nur x Prozent des ehemaligen Staatseigentums privatisiert werden, bleibt der Staat aber für 100-x Prozent verantwortlich“, sagte František Turnovec, Karls-Universität Prag, Tschechien. Die Undurchsichtigkeit der Eigentumsverhältnisse innerhalb der Unternehmen sei ein Grund für das seit 1994 abnehmende Wirtschaftswachstum und die wieder steigende Arbeitslosenrate.

„Den Erfolg der Privatisierungen in der **Slowakischen Republik** wird man erst in zwei bis drei Jahren messen können“, sagte Jarko Fidrmuc, Institut für Höhere Studien Wien. „Es könnte dasselbe Problem auftreten wie in Tschechien.“ Die Slowakische Republik nimmt eine Sonderrolle in bezug auf die Osterweiterung der Europäischen Union (EU) ein: Obwohl das Land die ökonomischen Voraussetzungen weitgehend erfüllt, verfehlte es in der ersten Runde der Beitrittsverhandlungen die politischen Kriterien. Hinzu kommt der Einfluss der stahlproduzierenden Industrie in der Slowakei, die wenig Interesse an einem EU-Beitritt hat, weil ihr die Vorteile niedriger Löhne und Umweltstandards verloren gingen. Fidrmuc befürchtet aber, dass die Slowakei in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückfällt, wenn das Land nicht zeitgleich mit den anderen Staaten beitrifft.

Als bedeutenden Faktor für den Erfolg des Transformationsprozesses in **Polen** nennt Michal Federowicz, Institut für Philosophie und Soziologie Warschau, Polen, die ursprünglich breite Zustimmung zu Reformen innerhalb der Bevölkerung. Die Bereitschaft einen radikalen ökonomischen Wechsel und den damit verbundenen Anstieg der Arbeitslosigkeit hinzunehmen sei hoch gewesen. Die Privatisierungen haben für eine harte Selektion

schlechter Firmen gesorgt. Zu schaffen mache den polnischen Unternehmen derzeit die Konkurrenz aus dem Ausland. Die Wettbewerbsfähigkeit nimmt nicht zu, da substantielle Investitionen in die Technologie unterbleiben.

**Ungarn** verzeichnet seit 1994 ein moderates beständiges Wirtschaftswachstum, mit prognostizierten fünf Prozent im Jahr 1999. Die offizielle Arbeitslosenquote sank im gleichen Zeitraum kontinuierlich auf 9,1 Prozent. Probleme bereitet die Inflationsrate von derzeit rund 9,4 Prozent. László Csaba, Universität Debrecen, Ungarn, sieht einen angestrebten Beitritt zur Europäischen Währungsunion als Möglichkeit die Inflationserwartungen zu brechen und den Staat zu einer höheren haushaltspolitischen Disziplin zu zwingen. „Was wir brauchen, ist eine anti-inflationäre Politik. Ein EU- Beitritt könnte helfen, das zu tun, was ohnehin getan werden müsste.“ Derzeit legen die inländischen Sparer ihre Gelder nur kurzfristig an und das für Investitionen benötigte langfristige Kapital kommt zum Großteil aus dem Ausland. 1998 betrug das Zahlungsbilanzdefizit Ungarns rund 1,7 Millionen Dollar.

„Es gibt eine klare regionale Trennung zwischen den zentraleuropäischen Ländern auf der einen Seite und Russland und der Ukraine auf der anderen Seite. Die Probleme verlagern sich nach Osten. Die zentraleuropäischen Länder gehen in die dritte Stufe des Transformationsprozesses und haben inzwischen ähnliche Schwierigkeiten wie die westeuropäischen Länder. Um diese zu lösen, brauchen sie einen höheren Grad an politischer Koordination“, sagte Horst Tomann, Freie Universität Berlin. Ein Beitritt zur EU und die damit verbundene Übernahme der rechtlichen Regelungen könne gute äußere Bedingungen für den weiteren Transformationsprozess schaffen.

Werbung Verlag Krämer

Seit dem Jahr 1992 besteht eine Forschungs Kooperation zwischen den Visegrád-Staaten Polen, Ungarn, der Tschechischen und der Slowakischen Republik. Die Karls-Universität in Prag und die Freie Universität Berlin organisieren seither gemeinsam Workshops, in denen die Auswirkungen des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft diskutiert werden. In der Konferenz „Transition from planned to market economies ten years on“ vom 18. bis 20. November in Berlin waren erstmals die Problemländer Russland und die Ukraine vertreten. Am Vorabend der Konferenz diskutierten die Studierenden des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft und des Osteuropa-Instituts der FU Berlin mit den Referenten unter Moderation von Dr. Heik Afheldt, Der Tagesspiegel.

Macmillan Press stellte eine neue Buchreihe mit dem Titel „Studies in Economic Transition“ vor. Die Serie beschäftigt sich mit den Folgen des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs in den Visegard-Staaten und der ehemaligen DDR. Zu den Autoren gehören unter anderen Horst Tomann, Hubert Gabrisch und Rüdiger Pohl.

**Horst Tomann** ist Jean Monnet Professor für Europäische Wirtschaftspolitik.

**Juliane Paperlein** studiert Volkswirtschaft an der FU Berlin.